76. Jahrgang. Nr. 171 — Dienstag, 12. April 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25241. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3,30 RM. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3,30 RM. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Preisnachlaß lt. Tarif, Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Brauns letzter Rettungsversuch

Ausgang der Landtagsabstimmung ungewiß

Berlin, 11. April. Vor der Vollsitzung des Preußischen Landtages, die am Dienstag um 12 Uhr beginnt, treten sämtliche Fraktionen zusammen, um zu dem auf der Tagesordnung stehenden Antrage der Regierungsparteien auf Aenderung der Geschäftsordnung Stellung zu nehmen. Inzwischen hat auch eine Fühlungnahme der Regierungsparteien mit einzelnen Mittelparteien stattgefunden, die aber noch zu keinem Ergebnis geführt haben soll. Die Regierungsparteien hoffen, daß sie alle ihre Mitglieder zur Stelle haben werden. Sie wollen sich in der Aussprache selbst auf kurze Erklärungen beschränken, während die Vertreter der Oppositionsparteien zu längeren Ausführungen das Wort nehmen werden. Man rechnet infolgedessen mit einer sehr ausgedehnten Sitzung. Die Abstimmung wird erst in den späten Nachmittagsstunden stattfinden. Dabei dürfte es auf jede einzelne Stimme ankommen. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, rechnen die Regierungsparteien damit, daß die Kommunisten eine Beschlußunfähigkeit des Landtages verhindern werden, damit ihr an zweiter Stelle der Tagesordnung stehender Antrag wegen der angeblichen Beeinträchtigung der kommunistischen Wahlpropaganda nicht unter den Tisch fällt.

Das Zentralkomitee der KPD. gibt zu der Tagung des Preußischen Landtages eine Erklärung heraus, in der es heißt: Die Kommunistische Partei hat nur ein Interesse an der Behandlung der proletarischen Forderungen in dieser Sitzung. Sie beteiligt sich nicht an dem beabsichtigten Wahlmanöver der SPD. in Verbindung mit der Aenderung der Geschäftsordnung. Jeder Versuch der Regierungsparteien, die Beratung unserer Anträge zu durchkreuzen, wird von der kommunistischen Landtagsfraktion mit Obstruktion beantwortet werden.

Der Wahlaufruf der Deutschen Volkspartei

Berlin, 11. April. Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei hat für die preußischen Landtagswahlen einen Wahlaufruf beschlossen, in dem es heißt: Der Wahltag am 24. April muß zum Tag der Abrechnung mit den seit sieben Jahren ununterbrochen und unumschränkt herrschenden Parteien der Weimarer Koalition in Preußen werden. Sieben Jahre lang hat die Deutsche Volkspartei in scharfer, aber sachlicher Opposition gegen das herrschende System in Preußen gestanden. Was ist aus Preußen in sieben Jahren gemacht worden? Es wurde eine Domäne der Parteiherrschaft, sein Beamtentum der Spielball der Parteibuchwirtschaft. Seine einst geordneten Finanzen sind zerrüttet. Eine uferlose Ausgabenwirtschaft hat immer neue Steuern erfordert. Dem Kulturbolschewismus ist kein „Halt" geboten, die nationale Erziehung unserer Jugend ist gefährdet. Die altüberlieferten Rechte bürgerlicher Freiheit sind der Polizeiwillkür geopfert. Dagegen aber sind alle Reformen unterblieben, die zu einer zweckmäßigen und sparsamen Verwaltung des Landes führen müssen.

Preußen, so kann es nicht weiter gehen! Macht Schluß mit einer falschen Politik! Stellt wieder das schlichte, klare und gerechte Staatswesen her, das euren alten Staat zum Vorbild gemacht hat! Kämpft rücksichtslos gegen die Mißbräuche des Parteigeistes und des sozialistischen Machthungers!

Reichstag Anfang Mai?

Berlin, 11. April. Im Aeltestenrat wurde heute die Forderung der Deutschnationalen, Nationalsozialisten und der Kommunisten, den Reichstag für den 26. April einzuberufen, abgelehnt. In parlamentarischen Kreisen ist man der Auffassung, daß der Reichstag Anfang Mai wieder zusammentreten wird. Aus den Ausführungen der Regierung im Aeltestenrat scheint zwar hervorzugehen, daß die Regierung den Wunsch hat, den neuen Haushalt tatsächlich erst nach Abschluß der Reparationsverhandlungen den parlamentarischen Körperschaften vorzulegen. Aber nicht nur bei der Opposition, sondern auch in den Kreisen der hinter der Regierung stehenden Parteien hält man eine derartige Verzögerung für unmöglich.

Gefährdung der Ernte

In landwirtschaftlichen Kreisen ist man seit geraumer Zeit besorgt um die Ernteaussichten für 1932. Nicht daß man fürchtet, der deutsche Boden könnte versagen oder natürliche Einflüsse, von denen die landwirtschaftliche Arbeit in so starkem Maße abhängig ist, könnten Schaden anrichten. Die Einstellung der Bauern selbst zu ihrer Arbeit ist es, die zu Sorgen Anlaß gibt. Man erzählt ja auch den Städtern nichts Neues mehr, wenn man feststellt, daß es mit allen bäuerlichen Betrieben seit einer Reihe von Jahren ständig abwärts gegangen ist. Die Erträge wurden zwar dank unermüdlicher Arbeit an der Verbesserung der landwirtschaftlichen Methoden so gesteigert, daß das Ziel der deutschen Vollversorgung aus heimischer Scholle fast erreicht wurde. 1927 mußten wir noch für 4½ Milliarden Reichsmark Lebensmittel vom Ausland einführen, im letzten Jahre nur noch für eine Milliarde. Das ist in kurzer Zeit ein überraschender Aufschwung der Erzeugung, der die Hoffnung rechtfertigt, daß es bei Fortsetzung dieser Bemühungen gelingen wird, Deutschland landwirtschaftlich autark, das heißt vom Ausland unabhängig zu machen.

Nun kommt aber aus der Bauernschaft selbst eine Bewegung, die diese erfreuliche Entwicklung in Frage stellt. Aus leicht begreiflichen Gründen! Denn die Rentabilität der Betriebe ist nicht im gleichen Schritt mit der Produktion gestiegen, sondern sie hat den umgekehrten Weg eingeschlagen. Der Erlös, den die Landwirtschaft aus ihrer Arbeit bezog, betrug 1928 noch 9,8 Milliarden RM., 1931 dagegen nur noch 6,7 Milliarden. In drei Jahren ein Rückgang um nahezu 30 Prozent! Das bedeutet bei gesteigerter Erzeugung und erhöhten Lasten für jeden einzelnen Landwirt unaufhaltsamen Rückgang seiner Lebenshaltung und die Gewißheit, daß sein Betrieb in genau zu berechnender Zeit zusammenbricht, wenn dieses Mißverhältnis zwischen den Einnahmen und Ausgaben weiter andauert. Unter diesen Umständen ist es zum mindesten verständlich, wenn sich der Bauer sagt: „Ich habe es satt, mehr zu arbeiten, mehr zu produzieren und so lange weniger zu verdienen, bis ich von Haus und Hof vertrieben werde". Die Konsequenz solcher Ueberlegungen ist der Entschluß, auf die Steigerung der Erträge und die Veredelung der Erzeugnisse zu verzichten und nur noch das anzubauen, was zur Selbstbesorgung und zur Befriedigung der dringendsten Lebensbedürfnisse unbedingt nötig ist. Die Agrarpolitik nennt diese Umstellung, die sich besonders im Verzicht auf die kostspielige künstliche Düngung bemerkbar macht, Uebergang von der Intensivität der Wirtschaftsweise zur Extensivität.

Es gibt weite landwirtschaftliche Kreise, die in solchen Maßnahmen den einzigen Ausweg sehen, um über die nächste Zeit hinüberzukommen. So weittragende Beschlüsse dürfen aber nicht aus begreiflichem Unmut und berechtigter Verärgerung gefaßt werden. Man muß auch die Folgen bedenken, und zwar für die Volkswirtschaft im allgemeinen und für die Landwirtschaft im besonderen. Wenn der Uebergang zur Extensivität auf der ganzen Linie verwirklicht würde, so wäre die nächste Folge, daß nach wissenschaftlichen Schätzungen etwa ein Drittel der deutschen Ernte in Wegfall käme. Der städtische Konsument wird zunächst nicht geneigt sein, sich darüber zu beunruhigen; denn er weiß, daß die ganze Welt unter unverkäuflichen Agrarüberschüssen leidet — die ganze Donaufrage ist ja deshalb ins Rollen gekommen — und daß das Ausland froh sein wird, uns in unseren Ernährungsverlegenheiten aushelfen zu können. Gewiß, an Angeboten, sogar an billigen Angeboten würde es bei der großen Konkurrenz der europäischen und überseeischen Agrarländer nicht fehlen. Aber mit dem Bestellen, Abnehmen und Verzehren der fremden Lebensmittel ist es nicht getan. Man muß sie auch bezahlen. Und zwar in Devisen. Hier taucht die neue Schwierigkeit auf, die bei unserer wirtschaftlichen Gesamtlage unüberwindlich ist. Zum Ausgleich des Ausfalles von etwa einem Drittel der deutschen Getreideernte allein müßten 2½ Millionen Tonnen eingeführt werden mit einem Kostenaufwand von 550 Millionen Mark. Das ist im Rahmen der deutschen Devisenbilanz, die unter dem

Die Verschiebungen vom 13. März zum 10. April

Das Wahlergebnis in Hundertsätzen

Berlin, 11. April. Nach eigenen Berechnungen gibt das vorläufige amtliche Ergebnis des zweiten Wahlganges zu den Reichspräsidentenwahlen folgendes Bild für die Anteile der einzelnen Kandidaten in Hundertsätzen: Hindenburg erhielt den Höchstsatz an abgegebenen Stimmen wiederum im Wahlkreise Niederbayern, 72 v. H. (am 13. März 1932 69,9), den Niedrigstsatz der auf ihn entfallenen Stimmen wieder im Wahlkreise Merseburg mit 37 v. H. (38,1). Der Durchschnitt bei ihm betrug 53 v. H. (49,6). Den Höchstsatz von Stimmen erhielt Hitler diesmal in Pommern mit 53 v. H. (37,4), während er beim ersten Wahlgang in Schleswig-Holstein seine meisten Stimmen erhielt (42,7). Den kleinsten Anteil hatte er wieder im Wahlkreis Köln/Aachen, 20 v. H. (17,2), sein Durchschnitt betrug 36,8 (30,1). Bei Thälmann wurde wiederum der Höchstsatz erreicht in Berlin mit 26 v. H. (29,2 v. H.), der Niedrigstsatz wieder in Franken mit 4 v. H. (5,9); Durchschnittssatz 10,2 v. H. (13,2).

Die Wahlbeteiligung war wie im ersten Wahlgang im Kreis Leipzig mit 90 v. H. (91,2) am höchsten, die niedrigste in Oppeln mit 77,5 v. H. (80,2); Durchschnitt der Wahlbeteiligung 83,6 (86,2).

Wie Preußen wählte

Berlin, 11. April. In den preußischen Wahlkreisen wurden bei der Reichspräsidentenwahl am 10. April folgende Stimmen abgegeben:

Hindenburg 11 830 204
Hitler 8 625 832
Thälmann 2 211 107

Im ersten Wahlgang am 13. März 1932 erhielten: Hindenburg 11 022 089, Hitler 6 844 854, Thälmann 3 724 687, Duesterberg 1 825 158 Stimmen.

Groeners Dank an die Wahlorgane

Berlin, 11. April. Der Reichsminister des Innern veröffentlicht folgenden Dank an die Wahlorgane: Die Wahl des Reichspräsidenten hat 44 Millionen deutsche Männer und Frauen zweimal zur Ausübung ihres höchsten staatsbürgerlichen Rechtes aufgerufen. Vorbereitung und Durchführung der Wahl wie Ermittlung des Wahlergebnisses haben an Organisationsgeschick und Arbeitskraft der Behörden in Stadt und Land sowie die Arbeitsfreudigkeit der Wahlvorstände höchste Anforderungen gestellt. Dem Schutze der Wahlfreiheit hat die Polizei in bewährter Pflichttreue gedient. Ich spreche allen beteiligten Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden und den zahlreichen in den Wahlvorständen ehrenamtlich tätig gewesenen Männern und Frauen Dank und Anerkennung aus.

Die Hauptgeschäftsstelle der Hindenburg-Ausschüsse stellt in einer Dankkundgebung „an die vielen Millionen, die sich in Vertrauen, Liebe und Ehrfurcht um unseren besten Mann geschart haben", fest, daß zum ersten Male ein deutscher Reichspräsident mit einer klaren und absoluten Mehrheit gewählt worden ist.

Italien zum Wahlausgang

Rom, 11. April. Die italienische Presse hatte in großen Zügen den Ausgang der Reichspräsidentenwahl am Sonntag vorausgesagt, hebt aber in diesem Sinne den starken Stimmengewinn Hitlers besonders hervor. Die „Tribuna" schreibt unter anderem: Vom 13. März bis gestern habe der preußische Innenminister Severing gegen die Partei Hitlers versucht, mit der Polizei vorzugehen. Damit werde nur bewiesen, wie ungesetzlich gerade die Sozialdemokratie vorgehe, die die Macht nicht abgeben wolle, obwohl jeder Wahlgang aufs neue zeige, daß sie keine gesetzliche Grundlage mehr habe. Das Blatt betont, daß die Hitlerwähler gegen den preußischen Polizeiapparat, gegen die Regierungsmaschine und gegen die Mehrheit der Presse standgehalten haben. Der „Lavoro Fascista" schreibt unter anderem: Die Tatsache, daß mehr als 13 Millionen Wähler für Hitler stimmten, trotzdem sie im voraus wußten, daß ihr Kandidat nicht gewählt werden würde, gibt diesen Stimmen außer ihrer eindrucksvollen Zahl noch eine besonders wichtige Bedeutung.

Das Urteil gegen Strecker aufgehoben

Leipzig, 11. April. Auf die Revision des Schriftstellers Karl Strecker, der unter aufsehenerregenden Umständen am 27. August v. J. das von ihm in Klein-Machnow bei Zehlendorf mietweise bewohnte Landhaus in Brand steckte, hat das Reichsgericht heute das gegen ihn vor dem Schwurgericht Potsdam am 19. Oktober 1931 ergangene und wegen Brandstiftung und Versicherungsbetrugs auf ein Jahr Zuchthaus lautende Urteil aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurückverwiesen.

Heute Wiedereröffnung des offiziellen Börsenverkehrs

In unserer heutigen Abendausgabe bringen wir wieder die Kursberichte der Dresdner, Leipziger und Berliner Wertpapierbörsen. Da bekanntlich auch die Notierungen der Warenmärkte und Produktenbörsen in unserer Abendausgabe stehen, wird jeder Geschäftsmann ermessen, welchen Wert für ihn das täglich zweimalige Erscheinen der Dresdner Nachrichten hat.

Als einzige Tageszeitung Sachsens mit Morgen- und Abendausgabe müssen die Dresdner Nachrichten stets am aktuellsten sein.